



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

35. Sitzung (öffentlich)

6. Juni 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Vorkommnis am Universitätsklinikum Essen

5

- Bericht der Landesregierung

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT), LMR Henning Banke (JM) und MDgt Dr. Dorothea Prütting (MAGS) berichten. Das MAGS sagt zu, den Ausschuss über die Abläufe im Zusammenhang mit Organtransplantationen zu informieren.

- 2 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen** 12
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4208
- Vorlagen 14/1118 und 14/1132
- Information 14/463
- Stellungnahmen 14/1125, 14/1126, 14/1128, 14/1130, 14/1131, 14/1135 bis 14/1139, 14/1141 und 14/1142
- Ausschussprotokoll 14/427
- Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 22. Mai 2007, abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum
- Die Schlussabstimmung zu diesem Gesetzentwurf soll in der AGS-Ausschusssitzung am 12. Juni 2007 unter TOP 1 stattfinden.
- 3 Gesetz zur Novellierung des Kurortgesetzes sowie zur Aufhebung der Kurortverordnung und der Erholungsortverordnung und zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Kurortgesetz - KOG NRW)** 19
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4298
- erster Beratungsdurchgang
- Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) berichtet. - Eine Anhörung wird in Erwägung gezogen.
- 4 Gesetz zur Regelung der Berufsankennung EU- und Drittstaatenangehöriger für den Bereich der nichtakademischen Heilberufe und zur Änderung anderer Gesetze und Verordnungen** 20
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4324
- erster Beratungsdurchgang
- MDgt Dr. Dorothea Prütting (MAGS) trägt vor. - Der Ausschuss will eine „abgespeckte“ Anhörung zu Teilaspekten des Gesetzes durchführen.

- 5 Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Transplantationsgesetzes Revision notwendig - Krankenhausgestaltungsgesetz muss Organspenden organisatorisch und finanziell absichern** 22

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/4347

NRW darf nicht länger eines der Schlusslichter bei der Organspende sein

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

Drucksache 14/4403

Die Obleute des Ausschusses und Vertreter des MAGS wollen gemeinsam einen Änderungsantrag zum Entwurf des Krankenhausgestaltungsgesetzes erarbeiten.

- 6 Zweites Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen** 24

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 14/4342

Zuschriften 14/531, 14/542, 14/550, 14/565, 14/571, 14/647, 14/697, 14/808, 14/840, 14/900

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt der Ausschuss überein, an dieser Stelle auf einen Beratungsdurchgang zu diesem Gesetzentwurf zu verzichten und sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform im Rahmen einer Pflichtsitzung zu beteiligen.

- 7 Hartz IV - Kinder brauchen mehr** 25

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/4330

Der Vorsitzende will dem mitberatendem Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, der sein Votum bis zum 13. September 2007 abzugeben hat, signalisieren, dass der federführende AGS-Ausschuss fraktionsübergreifend eine gemeinsame Initiative beraten will.

8 Verbesserungen des Impfschutzes in Nordrhein-Westfalen verbindlich gesetzlich regeln 27

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4350

Der Ausschuss diskutiert kontrovers. - Das MAGS soll die von ihm geplante Impfkampagne in einer der ersten AGS-Ausschusssitzungen nach der Sommerpause vorstellen.

9 Transparenz schafft Vertrauen - Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie erfordert konsequente Vorbereitung und Folgekostenabschätzung 30

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4249

Der Ausschuss kommt mehrheitlich überein, sich nach der Sommerpause noch einmal mit diesem Punkt zu befassen.

10 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen - JStVollzG NRW) 32

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236

Der AGS-Ausschuss will sich dem federführenden Rechtsausschuss anschließen, der die Durchführung einer öffentlichen Anhörung auf Basis dieses Gesetzentwurfs und des erwarteten Gesetzentwurfs der Landesregierung plant.

Der Punkt „Verschiedenes“ entfällt.

6 Zweites Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4342

Zuschriften 14/531, 14/542, 14/550, 14/565, 14/571, 14/647, 14/697, 14/808,
14/840, 14/900

Vorsitzender Günter Garbrecht weist darauf hin, dass die erste Lesung am 23. Mai 2007 stattgefunden habe, die Federführung beim Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform liege und der AGS-Ausschuss zur Mitberatung aufgerufen sei. Letzterer werde am 12. Juni 2007 ein Expertengespräch durchführen. Die hierzu im Vorfeld aufgetretenen Irritationen seien mittlerweile beseitigt, sodass sich eine Geschäftsordnungsdebatte wohl erübrigen werde. Zur abschließenden Klärung von Fragen sei ein Brief an die Präsidentin gegangen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt der **Ausschuss** überein, an dieser Stelle auf einen Beratungsdurchgang zu diesem Gesetzentwurf zu verzichten und sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform im Rahmen einer Pflichtsitzung zu beteiligen.

